

Wie Brünning ging...

Einfi und jetzt!

„Ritterliche Kampfesweise“ forberte Hitler von Hindenburg und Brünning, als die Reichswehrminister begannen, und wir wissen, wie Hitler dann diese ritterliche Kampfesweise eingeschlagen hat. „Ritter unerschrockenheit“ forberte er, was den Reichswehrminister Hindenburg täglich beludelt wurde, von dem sich jetzt der Oberfeld zu gerne rufen läßt, und zu dem er nach dem Rücktritt Brünnings im Mercedes-Benz und im 90-Kilometer-Tempo gefahren ist. Wir wissen aber auch, wie vornehm der damalige Reichsfinanzier Brünning den Wohlstand schloß und wie sehr er jedes wohlhabende richtige Wort zur schändlichen Jählonn gegen Herrn Hitler wie gegen die ihn fordernde Kamakilla versäunte. Demut hat es Brünning nicht und der Dant wird ihm von den Braunen Hütern nachgehakt. Ein Maßstab der Ära hat jederzeit in der Tagespresse mehr phantasievolles Verdrängnis gefunden und wurde besser beurteilt, als der jetzt hinterfragte zu Fall gekommene Brünning. Dergleichen muß man in diesen Nationalisten auch zu lesen. Sanktionen von Amerika und menschlicher Gefühl, den selbst die Dogmatiker ihrem am Boden liegenden Gegner entgegenbringen, und den zu versagen ein Schandmal wäre nicht für die rauhesten und abgegriffensten Feinde.

Mer dieses Triumphgeheul der Gesetzten des Dritten Reiches stellt, die Verarmungsreden der Nazi-Ägyptologen, wer ihre Anhänger auf den Straßen heilen und heulen hört, dem tut sich ein Abgrund auf von politischer und menschlicher Verwilderung, oder deren man sich als Dichter nur schämen kann. Brünning war gewiß nicht der Mann der Sozialdemokratie. Wenn er toleriert wurde und toleriert werden mußte, so zeigt das Gefühl der neuen nach ihm gekommenen Regierung, was er es geschah, und jeder kommende Tag wird ein neuer Beweis und eine neue Rechtfertigung für diese Tolerierung sein. Wie es aber auch war und ob Brünning, politisch gemacht, ein großer Staatsmann gewesen ist, eins will ihm niemand ableiten können: seine menschlich vornehme Einstellung, seine bis ins Uebermässige gefeierte Arbeitskraft. Die Zeit wird kommen, wo auch die Geschichte ihr Wort über die Ära Brünning, und über die Verdon des Reiches sagen wird.

Wir erinnern uns, angeführt dieser idiosyncratischen Naziführer an das Jahr 1917, an Bethmann-Hollweg, der unter den gleichen Umständen und durch die selben Vorgänge in einer Zeit gefahren wurde, die entscheidend war für den Ausgang des Krieges und für die Zukunft des deutschen Volkes. Eine Zeit, von der die damalige Tagespresse schließlich abhandelte. Wenn die Ära nicht nicht ist, sind wir auf „Zukunftsworte“ verloren.“ Bethmann-Hollweg war ebenfalls ein Freund der Sozialdemokratie. Er war ein Jude und ein Schmachting, dem sein Herr und Meister und das Wohl der Junter und Großindustriellen mehr galt, als das deutsche Volk. Bethmann-Hollweg, der Mann des Versaillesvertrages und der „gottevolten“ Abhängigkeiten: der Mann der Kriegserklärungen an „den inneren Feinde“ vor dem Juli 1914, und an „die äußeren Feinde“ im August 1914. Und er gefährt wurde, der treue Diener und Vertreter des vorkrieglichen Systems, lagen Millionen deutscher Soldaten, deutscher Väter, Söhne und Erbhörer ihrer Familien verstorben in den Schlachtfeldern oder blutend und verkrüppelt in den Kasernen. Schließen wir uns die Schwingen Trumpf und seine Ära hätte wäre eine Meißelung, keine Kolonisation ein Ausprägung. Ein Meer von Blut und Tränen war alles, was Bethmann-Hollweg hinterließ.

Brünning ist nicht mehr Reichsfinanzier! Selbst die kleinste Gegenung des Hofentrens verfehlt ihm gegen der Ritterlichkeit der Hitler und Anstörten noch schnell drei Juchheile. So jedoch die Nazis an die Regierungslinie, in tragischer Stunde. So begehren sie Einfi und ihre ersten Worte sind Rache. Erst Rache und dann noch lange keine Arbeit, und kein Brot. Mögen sich die Herren mit ihrem Rachegehr nicht verrechnen und möge es nicht zu spät sein, wenn einmal das Volk wirklich erwacht!

Zur Vereidigung der Barone

Die Bestimmungen der Verfassung
Der Reichspräsident hat die neuen Minister am Donnerstag auf die Verfassung vereidigt. Im Anschluß daran fand eine Kabinettsitzung statt, die, wie es anzudeuten läßt, lediglich formalen Charakter“ trug.
Der „Vorwärts“ erinnert die ministerielle Barone und Treuhänder anlässlich ihrer Eidesleistung an die wichtigsten Bestimmungen der Reichsverfassung und schreibt dazu:
„So hat die Bestimmungen der Verfassung sind, so unklar ist manches andere. Da ist z. B. eine gut verbriefte Neuerung des Reichsministerpräsidenten General von Schleicher, die neue Regierung werde ihre zwei bis vier Jahre im Amt bleiben. Da gegen phantasievolle Gerichte von einem Rücktritt des Reichspräsidenten im kommenden Herbst und der Einsetzung eines „Reichsverwalters“ in der Person — da staunt man! — Er. Kaiserlicher Hofrat des Kronprinzen. Solche Gerichte stammen aus Kreisen, von denen man annimmt, daß sie der neuen Regierung nahesteht. Die neue Regierung muß gut tun, baldigt sich dagegen zu wehren, daß man sie mit Bänken in Verbindung bringt, die mit ihrer Eidespflicht unvereinbar sind.
Wie aber kann Herr von Schleicher sich dafür verbürgen, daß seine Regierung zwei bis vier Jahre bleiben wird, da doch die verfassungsmäßige Grundfrage, auf der sie existieren kann, noch in seiner Weite sichtbar ist? Der Reichstag soll aufgestellt werden, weil er zu Herrn von Papen kein Vertrauen hat — eigentlich komisch, wo soll denn dieses Vertrauen herkommen? —, er kann aber aus dem gleichen Anlaß nicht zum zweitenmal aufgelöst werden. Das heißt, wenn auch der neue Reichstag der Regierung das Vertrauen verweigert, dann kann er nicht aufgelöst werden, sondern die Regierung muß zurücktreten.“

ICH werde...

Schleicher erklärt, was er wird
Der neue Reichsministerpräsident von Schleicher ertlich folgende Rundung an die Reichsregierung:
Mit dem heutigen Tage trete ich das Amt des Reichsministerpräsidenten an, von dem mich das Vertrauen des Reichspräsidenten, des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, berufen hat. Ich werde meine Kraft daraufwenden, daß die Reichswehr dazu befähigt wird, ihre Berufsaufgabe zu erfüllen, Deutschlands Grenzen zu schützen und seine nationale Sicherheit zu gewährleisten. Ich werde dafür sorgen, daß diejenigen geistigen und physischen Kräfte unserer Völkes gefördert werden, welche die unentbehrliche Grundlage der Landesverteidigung bilden. Ich bin überzeugt, daß im Innern die Teilsache, daß mit einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht kämpfen, allein genügen wird, um die Autarkie des Reiches vor jeder Gefährdung zu bewahren. Ich vertraue darauf, daß jeder Angehörige der Wehrmacht mir dabei helfen wird, das mit anvertraute Erbe einer großen Bergangenheit zum besten von Volk und Vaterland zu verwerten.“

Braun und „die letzte Musterung“

Der Preussische Ministerpräsident an den Präsidenten des Landtags

Der Künftige Preussische Verfassentzweck:
Ministerpräsident Dr. Braun hat an den Landtagspräsidenten Kertel als Ergebnis der Aussprache im Staatsministerium zu den Vorklagen im Landtag am 2. Juni das nachfolgende Schreiben gerichtet:
„Im Anhang zu meinem Schreiben vom gestrigen Tage las ich Ihnen ergeben mit, daß das Staatsministerium keine folgenreichere Stellung angenommen hat.
Die Reichsverfassung, ob und in welchem Umfang Artikel 24 Satz 1 der Verfassung auch auf ein gemäß Artikel 50 Nr. 2 der Verfassung aus der laufenden Gesetzgebung fähiges Staatsministerium Anwendung zu finden hat, kann dahingestellt bleiben.
Die Redner aber, die gestern das Erscheinen der Staatsminister verlangt haben, haben durch die Form ihrer Begründung zu erkennen gegeben, daß es sich nicht um ein sachlich begründetes Verlangen gemäß Artikel 24 der Verfassung handelt. Wenn der Herr Wg. Kasper, ohne vom Herrn Präsidenten zur Ordnung gerufen zu werden, angegriffen hat, daß man hier über eine Regierung, die wegen ihrer verwerdlichen

Politik auf die Kassegebank gehöre, zu Gericht sitzen wollte, und wenn der Herr Wg. Kasper unbeeinträchtigt wiederholt davon sprach, „das Kabinet Braun habe zur letzten Musterung ausgereizert“, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß es den Staatsministern nur um eine Verunglimpfung der Staatsregierung und der einzelnen Minister zu tun war.“

Im übrigen ist das Staatsministerium der Ansicht, daß es gegen jeden parlamentarischen Brauch und gegen den Geist der Verfassung verstoß, Mißtrauensanträge gegen eine zurückgetretene Regierung zu stellen und sie im Parlament zu erörtern.“

Das Staatsministerium hat den Wunsch, die Führung der Geschäfte sobald wie möglich einer verfassungsmäßig zustande kommenden neuen Regierung zu übergeben, und würde es begrüßen, wenn der Landtag rasch auf seine verfassungsmäßige Aufgabe erfaßt und einen neuen Ministerpräsidenten wählen würde.“

Bauhütten werden verleumdert!

Nazis gegen soziale Baubetriebe / Zwei Verfassungen in Pommern

Die nationalsozialistische Presse geht angeblich mit Verleumdungen gegen die sozialen Baubetriebe hinüber, die das Maß der in den nationalsozialistischen Zeitungen üblichen Lügen und Verleumdungen noch übersteigt. Ein Augenzeuger wird so berichtet, daß der nationalsozialistische Leiter des Einbruchs haben muß, der den Bauern die höchsten nachstehende Bereiche sozialer Baubetriebe habe planmäßig Kapitalverleumdungen nach dem Auslande betrieben.

Er handelt sich um folgenden Fall: Die Bauhütte für Pommern in Stettin bemühte sich um Aufträge und suchte, da die berühmte Finanzpolitik im Reich den Bauern völlig gebrochelt und die Bauarbeiter zum größten Teil arbeitslos gemacht hätte, für die ausfallenden Inlandsaufträge Ertrag im Auslande, wie das Jahrtausende von Firmen in Deutschland tun. Nun ergab sich die Möglichkeit, eine größere Arbeit in Paris durchzuführen. Natürlich muß ein solches Geschäft finanziell angebreitet werden. Was jeder weiß, der mit Bauern jemals etwas zu tun gehabt hat. Der Geschäftsführer der Bauhütte für Pommern, Albert Böse, der von der nationalsozialistischen Presse als „marxistischer Döner“ beschimpft wird, wendete sich pflichtgemäß an die Dienstvermittlungsgesellschaft.

Ueberhaupt muß, wie ich aus dem ganzen Fall ergibt, festgestellt werden, daß die bei der Aktion äußerlich vorzüglich verfahren ist und prinzipiell darauf bedacht war, nicht gegen eine gesetzliche Bestimmung oder Bestimmung der Dienstvermittlung zu verstoßen.

Die Dienstvermittlungsgesellschaft lehnte den Antrag der Bau-

hütte für Pommern ab. Damit entstand die Gefahr, daß der Pariser Auftrag für die Bauhütte und für die deutsche Wirtschaft verloren ginge. Mit Hilfe einer Berliner Stelle (Sofa), die sich um die Anfertigung von deutsch-französischen Wirtschaftsverbindungen bemüht und die bereits erhebliche französische Aufträge für die deutsche Wirtschaft beschafft hat, glaubte man einen Weg finden zu können, um den Auftrag für Deutschland zu sichern. Der Vertreter der Sofa, Dr. Schönberg, von einem bekannten und soliden Berliner Bankhaus gebildet, sah darin, daß eine Pariser Bank der Bauhütte für Pommern den notwendigen Kredit zur Verfügung stellte. Sie Sicherheit verlangte aber die französische Bank, daß die Bauhütte für Pommern ein entsprechendes Marktzugaben bei einer deutschen Bank unterliehe.

Das ist, soweit die Bauhütte für Pommern in Betracht kommt, der Sachverhalt. Allerdings hat die Nachforschung zu einer Behauptung Schönbergs und zweier Angestellten der Sofa geführt, die die Verhaltung überhaupt etwas mit der Bauhütte für Pommern zu tun hat, erweist sich als fraglich. Nach unserer Auffassung ist es gegen unmöglich, auf Grund der Bankangelegenheiten der Bauhütte eine Verhaltung vorzunehmen. Wir begreifen überhaupt, daß die Verhaltung Schönbergs mit dem Pariser Geschäft der Bauhütte in Verbindung steht, und halten es für erforderlich, daß die verantwortlichen Stellen sofort Klarheit schaffen, um die Verleumdungen der Nationalsozialisten richtigzustellen. Es ist schon das Ausmaß der Unverschämtheit, aus dem vorstehend geschilderten Fall zu folgern, eine Einrichtung der modernen Arbeiterbewegung habe sich des Berechnens der Kapitalflucht schuldig gemacht. Daß die Kapitalflüchter in den Reihen der Nationalsozialisten liegen, dürfte die Nazipresse wohl am besten wissen.

Zuchthausantrag gegen Glarefs

Gefängnisstrafen gegen Stadtdirektoren und Beamte

Der Oberstaatsanwalt beantragte gegen die Beamten Willi und Leo Glarefs wegen fortgesetzter Betrugsgeschäften zum Schaden der Berliner Stadtkasse, zum Teil in Tateinheit mit schwerer öffentlicher Urkundenfälschung, wegen Betruges zum Schaden der Dredner Bank und der Orlbank, wegen Kontuszubehaltens in Tateinheit mit Kontuszubehalten und wegen fortgesetzter aktiver Betrugsgeschäften in sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Gegen den Stadtdirektor Schmidt beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Betrugsgeschäfte zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen den Stadtdirektor Hoffmann zwei Jahre Gefängnis, gegen Bürgermeister Schneider ein Jahr neun Monate Gefängnis, gegen Stadtrat Gabel ein Jahr acht Monate Gefängnis, gegen Bürgermeister Kohl ein Jahr sechs Monate Gefängnis, gegen Stadtrat Solowick neun Monate Gefängnis und gegen Stadtrat Degener sechs Monate Gefängnis. Gegen Hoffmann, Schmidt, Schneider, Gabel, Kohl, Solowick und Degener beantragte der Oberstaatsanwalt auch zu erkennen auf die Annullierung zur Verteilung öffentlicher Kassen für die Dauer von fünf Jahren.

Gegen den Buchhalter Lehmann wurde vom Oberstaatsanwalt wegen Betruges zum Betrugs und zur Unbrauchbarmachung zwei Jahre Gefängnis und gegen den Stadtschreiber Zuch wegen Betruges zum Betrugs ein Jahr Gefängnis beantragt. Gegen den Diplomatmann Tullis beantragte der Oberstaatsanwalt wegen schwerer passiver Betrugsgeschäfte ein Jahr drei Monate Gefängnis.

Zum Schluß wurde vom Oberstaatsanwalt Freiherrn von Steinacker beantragt, gegen die Gebrüder Starek mit sofortiger Vollstreckung erneut Haftstrafe zu erlassen.

Überdem ist gegen alle wegen passiver Betrugsgeschäfte zu verurteilenden Beamten der Antrag gestellt worden, das als Bestrafung Empfangene oder sein zu werden dem Staat für verfallen zu erklären. Während die meisten Angeklagten die Strafstrafe mit Haftung angenommen, sprach Leo Glaref in Weiden aus, und Stadtdirektor Hoffmann sprach mit der Haft auf den Tisch und brach in sich zusammen. Der Willi Starek fing bei den weiteren Ausführungen des Oberstaatsanwalts zu weinen an. Oberstaatsanwalt Freiherr von Steinacker betonte nach dem Antrag, daß der Korruptionsumpf trotzenelegt werden müsse und rief dem Gericht zu: „Ihr Urteil wird epodate Bedeutung haben.“

Raas antwortet

Das Wort des Herrn von Papen

Der Zentrumsführer Raas hat an den Reichsminister von Papen eine längere Antwort auf dessen Schreiben gegeben, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Wenn Worte einen Sinn und Erklärungen einen Wert haben sollen, möchte ich auf Grund unserer Aussprache am Dienstag nachmittag mit Sicherheit annehmen, daß Sie das Amt des Reichsfinanziers aus zehnjährigen Gründen nicht übernehmen werden.“

Von dieser Auffassung ausgehend, habe ich mich in der Sitzung des geschäftsführenden Bundesrats für die Supplizität Ihrer Entscheidung verurteilt. Unmittelbar danach traf die Nachricht ein, daß Sie im Gegensatz zu der mir gegebenen Zusage anders entschieden hätten.

Wenn Sie in Ihrem Schreiben an ein Motiv die Notwendigkeit einer „Synthese aller wahrhaft nationaler Kräfte“ betonen, so umfassen Sie ein politisches Ziel, an dem die Zentrumspartei und ich selbst im Sinne der Verwirklichung des nationalen Volks-Raasens seit Jahren unermüdet arbeiten.

Raas erinnert Papen weiter daran, daß dieser ihm früher ausdrücklich erklärt habe, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, selbst der sozialdemokratischen Linken gehören sollten.

Sozialrepublikanische Partei?

Mann über Bord!

Im „Vorwärts“ lesen wir:

Es hat sich herausgestellt, daß der tonlose Plan, eine neue Partei zu gründen, die politisch links und wirtschaftlich rechts von der Sozialdemokratie stehen soll, von Otto Höfning betrieben wird. Der mehrmonatige Kabinettag im Senatortorium, das Höfning nach seiner verunglückten Gründung des „Volksdurier“ zur Wiederherstellung seiner Kräfte aufsuchte, hat offenbar keine nachhaltige Wirkung gehabt, sonst könnte er einen solchen Frevler an der Sozialdemokratie unmöglich begehen. Wir glauben, daß der Zusätzliche Höfning aus der Partei durch den Parteivorstand nach genauer Feststellung des Tatbestandes nur noch eine Formalität ist.

Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit:

Der bisherige Erste Bundesführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Weiß Otto Höfning hat unter dem 3. Juni dem Bundesvorstand schriftlich mitgeteilt, daß er von der Bundesführung infolge seiner Stellung des Bundes lag beurlaubt worden sei. Ende vorigen Jahres in die Hände des geschäftsführenden Bundesvorstehenden Karl Hiltnermann.



Was soll nun werden?

Überall wird die gleiche Frage gestellt, überall wird leidenschaftlich durchgeprochen, welche Folgen die politischen Ereignisse der letzten Tage haben werden. Seit Monaten bestanden hinter den Kulissen ein Schattencabinet, das sich nun an die Stelle der alten Regierung gesetzt hat. Der Sturz der Regierung Brüning, die Bildung des neuen Kabinetts in 24 Stunden, das sind so wenig alltägliche Ereignisse, daß auch die Stumpfsinnigkeit heute politisch interessiert ist. Denn so viel hat heute jeder begriffen: Was in Berlin vorging, das waren keine alltäglichen Dinge.

Großagrarien, Schwerindustrie und Reichswehr, die treibenden Kräfte der neuen Regierung, haben einen entscheidenden Vorschlag gemacht. Gegen wen? Gegen ein System? Ja, gegen das System, das den Arbeitern Rechte gab und den kapitalistischen Staat. Gegen das System, das den Arbeitern durch seine sozialen Bestimmungen schützen will gegen die Ausbeutung.

Was nun? Sagt jedem die eine Antwort: Zum Klassenstaat, zur Parteienzeit einer Hohenzollern- oder sonstwelcher Monarchie geht es nie- und nimmermehr zurück! Die Arbeiterklasse wird für den deutschen Volkstaat kämpfen.

Rein Zweifel, es wird ein erbitterter Kampf werden. Mit ihrem durchschlagenden Kampfmittel, das sie in diesem Kitzeln erst in das politische Leben bringen, der Frage, wollen die Nationalsozialisten auch diesmal wieder Erfolge erzielen. Auf Straßen und Plätzen, in Eisenbahn und Straßenbahn, in Gasthäusern und wo sonst sich Menschen sammeln, überall hat ihre Propaganda in der letzten Zeit ins Unerwartete gestiegen und so wird es auch diesmal wieder sein. Darum treten ihnen überall entgegen, gegen, bleibt ihnen die Antwort nicht schuldig, wenn politischer Wahn und Terror erfolgreich bekämpft werden sollen. Nicht in der Verteidigungsstellung, sondern in der Offensive werden und wollen wir kämpfen. Daher beginnt unser Wahlkampf bereits heute! Wir rufen uns für die kommenden Kämpfe, indem wir die Kraft unserer sozialistischen Ideale fühlen durch Erklärung und Ausübung unserer Organisations- und anderer Bestrebungen. Auf die Frage: Was nun? muß die Antwort lauten: Jeder ein sozialistischer Kämpfer! Dann wird uns der Volkstaat niemand nehmen können.

Heute abend

Es hat das Konzert des Buchdrucker-Gesangsvereins "Gutenberg" im "Volkspart", dessen Reinertrag zugunsten der Kinder-Heilfürsorge der Arbeiter-Volkspart bestimmt ist. Wer schon niemals die Wohltätigkeit solcher Kindertransporte miterlebt hat, wer weiß, was eine solche Heilfürsorge für Kinder bedeutet, die nur des Lebens schättesten Nennungszeichen besitzen, wer weiß, daß darunter Kinder sind, die sich noch nie in ihrem Leben wirklich ausgelebt haben, wird sich freuen über die Arbeit der Arbeiter-Volkspart und wird das Seine zum Gelingen der Kinderfürsorge beitragen.

Darum muß jeder, der es noch möglich machen kann, heute abend das Konzert im "Volkspart" besuchen.

Zusammentritt des Stadiparlaments

Nach monatelanger Pause soll am 13. Juni wieder eine Sitzung der Stadiparlamentversammlung stattfinden. Sie wird sich, bei der Hauptaktion wegen der Regierungskrise im Reich nicht verzögert werden kann, in der Hauptphase mit kleineren Vorlagen beschäftigen, wie Anlauf eines Grundstückes aus der Lehmannschen Konkursmasse zur Verbesserung der Bau-Anlagen, Richtlinienänderungen usw. für die notwendige Abwechslung werden Kommunisten und Nazis fordern.

Neue Regierung — der Index steigt!

In der letzten Woche ist nach einer Berechnung des Statistischen Amtes der Stadt Halle der Lebenshaltungskostenindex um 0,26 Prozent auf 1,166 Mill. gestiegen. Die Ursache ist eine Verteuerung der Eier und der Gemüse.

Am 8. Dezember vorigen Jahres war eine Notverordnung erlassen worden, die eine 10prozentige Senkung aller Preise erreichen sollte. Daraus ist nichts geworden, der Abbau der Löhne und Gehälter wurde dadurch längst nicht ausgeglichen; es blieben stets erhebliche Preisdifferenzen. In letzter Zeit war von einem Preisrückgang überhaupt nichts mehr zu merken. Daß gerade jetzt ein Steigen der Preise eintritt, kann nicht geeignet sein, das Vertrauen zu den "neuen Männern" zu heben.

Kalles Freiwerkschaffler fordern:

Geschlossene Front der Arbeiterklasse!

Engelbert Graf spricht über Weltwirtschaft und Weltpolitik vor den Funktionären der Gewerkschaften

Eine außerordentlich stark besuchte **Vollversammlung aller Funktionäre der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen** nahm am Freitag im "Volkspart" ein großzügig angelegtes Referat über die gegenwärtige Situation von dem Reichstagsabgeordneten Engelbert Graf (Leipzig) entgegen. Die Versammlung legte durch eine einstimmige **Wilsenstunde**, die in der Diskussion auch zwei unbescholtene Wirtsköpfe nicht abspähen konnten, fest, daß die freigewerkschaftliche Arbeiterklasse gegenüber den drohenden Gefahren der Gegenwart entschlossen ist, mit allen Mitteln für die Verteidigung ihrer Rechte zu kämpfen und dazu als unbedingt notwendige Voraussetzung eine geschlossene Front aller Arbeitnehmer zu schaffen.

Genosse Graf setzte an die Spitze seiner mehr als zweistündigen Ausführungen die Feststellung, daß wir uns augenblicklich nicht nur in einer kapitalistischen Wirtschaftskrise, sondern auf dem Höhepunkt einer Zeit mit der Gewalt eines Erdbebens überlagernden

1932, im Monatsdurchschnitt errechnet, etwa 900 Millionen Mark. Was die deutsche Ausfuhr anlangt, so betrug die Schätzung 1932 im Export den Weltmarktanteil unterschritten.

Das gesamte weltwirtschaftliche Bild, das sich jetzt ergibt, ist nichts anderes als die wirtschaftliche Liquidierung des Weltkrieges.

Dabei ist die verhängnisvolle Tatsache zu verdeutlichen, daß man in allen Ländern scheinbar schon wieder zu einem neuen Weltkrieg rüstet. Einen weiteren Raum in den Vorlesungen Graf nahm die Verschuldung Deutschlands und der Welt ein. Genosse Graf trat hierbei die Feststellung, daß die kapitalistischen Mächte seit dem Krieg nicht nur ihre Profite, sondern auch in steigendem Maße Kredite dazu verwendet haben, die Produktionsmittel über das Bedürfnis hinaus zu vergrößern. Diese Überverplanung der Produktionsanlagen hat in der ganzen Welt schätzungsweise 5 Millionen zusätzliche Arbeitslose auf dem Gewissen. Die Verschuldung Deutschlands ist deshalb eine Gefahr, weil es sich bei dieser zur Hälfte um kurzfristige Anleihen handelt, während in der Vorkriegszeit Deutschland zu vier Fünfteln langfristige Schulden besaß. An dieser Tatsache muß man erkennen, wie ungesund wichtig es ist, Fehler in der äußeren Politik zu vermeiden. Jede außenpolitische Verschärfung kann zu einer Verschärfung unserer Währungs führen. Die neue Regierung von Papen bedeutet eine solche Gefahr! Nach einer ausführlichen Schilderung der russischen Entwicklung in den verflochtenen Jahren stellt Genosse Graf fest, daß das russische Problem in der Gegenwart als Wirtschaftskrisenproblem im Mittelpunkt des weltpolitischen Geschehens steht. Auf die deutschen Verhältnisse übergehend, lehnte Genosse Graf die dietätantischen Autarkie-Vorstellungen ab, die bei uns dazu führen müßten, daß etwa 25 Millionen Menschen verhungern müssen, ganz abgesehen davon, daß uns derartige Experimente jaargelangig jegliche Wirtschaftsbeziehungen zerstören müßten. Als Schlussfolgerung aus der gegenwärtigen Situation zog der Vortragende als einzig Mögliche für die Arbeiterklasse die Frage Arbeitsbeschäftigung heran. Eine durchgreifende Arbeitsbeschäftigung, sei bei der 40-Stunden-Woche bereits überholt und auf die 30-Stunden-Woche abgestellt werden müßte, ist die erste zu erfüllende Voraussetzung. Dabei muß bei der Arbeitsbeschaffung berücksichtigt werden, daß ein geplantes Arbeitsbeschaffungsprogramm nur Werte schaffen dürfte, die keinen Markt brauchen. Hinsichtlich der Finanzierung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms verweist der Redner auf den bestimmten Plan des Afa-Bundes, der hierfür eine sogenannte Prämlenanleihe vorschlägt, die den Erfolg haben soll, das in großen Mengen gebrauchte Geld dem wirtschaftlichen Kreislauf zuzuführen. Bei der Betrachtung der politischen Entwicklung in Deutschland hob Genosse Graf hervor, daß die jetzige Regierung von Papen ein Ergebnis der falschen Politikstellung (sogar Brüning) als auch Hitler's ist. Ihre größte Gefahr besteht, da hinter ihr die Militärdiktatur liegt, in außenpolitischen Verwicklungen. Denn wir alle die vor uns auftauchenden Gefahren meiden wollen, dann haben wir alles daranzusetzen, daß wir

Alarm! Eiserne Front antreten!

Politische Alarmbereitschaft erzwingen die sich überlagernden Vorgänge im Reich. Die außerordentlich verschärfte Lage und der neue Reichstagswahlkampf erfordern verstärkten Kampf und die eindeutige Frontstellung. Heute, Sonnabend, pünktlich 4.30 Uhr, müssen die Mitglieder der Eiserne Front im Druckereigebäude des "Volkspart", Große Märkerstraße 67, antreten. Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Arbeit. Keiner darf fehlen!

Um 4.30 Uhr alle im "Volkspart"-Gebäude!
Die Kampfleitung.

politischen Krise befinden. Was hier ergeben sich Voraussetzungen mit so schnellem Ablauf, daß man nicht weiß, ob sich die Lage nicht in wenigen Tagen grundlegend verändert. Haben sich bisher die politischen Kämpfe bei uns innerhalb der Parteien abgeklärt, so werden sie sich in den nächsten Wochen um das Parlament und vielleicht auch sogar außerhalb der Parlamente abspielen. Es sind deshalb

alle Kräfte zu mobilisieren, weil mit allen Möglichkeiten gerechnet werden muß.

In einem Rückblick auf die Gestaltung der Wirtschaftskrise seit 1929 wies Engelbert Graf darauf hin, daß die ursprüngliche Annahme, daß man es bei ihr mit einer rein kapitalistischen Konjunkturkrise zu tun hätte, sich als vollkommen falsch erwiesen habe. Die gegenwärtige Krise der Strukturveränderungen hat sich aus einer Waren- in eine Geld- und schließlich in eine ganze Welt umfassende politische Krise entwickelt. In diesem Zusammenhang besprach Graf die alarmierenden Mitteilungen des Konjunkturforschungsinstitutes, daß mit einer weiteren Schrumpfung der Wirtschaft zu rechnen sei. Die Weltproduktion ist im Augenblick unter den Stand von 1913 gesunken, außerdem sinken in vorgerücktem Maße die Ausfuhrszifferen durch die vollkommenen falschen Autarkiebestrebungen der einzelnen Staaten. Deutschland weist gegenwärtig ein Arbeitslosentum von 5,7 Millionen konjunkturreisender und 1 1/2 bis 2 Millionen struktureller Arbeitsloser auf.

Das Arbeitseinkommen ist seit 1929 um 36 Prozent gesunken. Die deutsche Industrieproduktion ist vom Jahre 1928 bis zum April 1932 bei einer Indexziffer von 100 auf 55,8, also um fast die Hälfte zurückgegangen. Noch deutlicher zeigt sich der Rückgang der deutschen Produktion an den Ziffern des Alltagskapitals für industrielle Zwecke; es betrug 1929 noch 1,1 Milliarden Mark und

die Uneinigkeit der Arbeiterklasse überwinden und ihre ganze Einheit zur Eroberung der politischen Macht einengen.

(Sehhafter Beifall)

Nach einer völlig überflüssigen Diskussion, in der sich die Ständerbeiter Gertmann und der unermüdliche König beteiligten, der besonders im Schlußwort vom Referenten ein hoffentlich wirksames Bridatiffimum gelesen bekam, wurde eine Entschließung des Genossen Lehmann einstimmig angenommen, die wir nachstehend im Wortlaut veröffentlichen. Wir bemerken hierbei, daß diese Resolution auch in einer Parteiverammlung des Werksarbeiter Diskussionsausschusses am Donnerstag einstimmig angenommen worden ist.

Entschließung.

Die am Freitag, dem 3. Juni, im "Volkspart" in

prüft er vor allem sorgfältig die Stoffe und die Innenverarbeitung, denn der Fadmann weiß, daß nur die Qualität des Stoffes und die gute Verarbeitung die Lebensdauer eines Kleidungsstückes bestimmen.

Wagner-Kleidung! Sie ist mit großer Sorgfalt aus reihnwollenen Stoffen in modernsten Schritten und jabelhafter Passform hergestellt.

Wagner-Kleidung, die bessere Kleidung für verwöhnte Ansprüche zu Einheitspreisen!

früher 40,- früher 50,- früher 60,- früher 75,-
Jetzt nur 30,- Jetzt nur 40,- Jetzt nur 50,- Jetzt nur 70,-

HERRENKLEIDERFABRIK WAGNER Leipzig
Straße 30 I. Etage

Wer Geld sparen will, der kaufe ohne Zwischenhandel direkt ab Fabrik

Wenn der Schneider urteilt...
Maß-Abteilung
Auch in unserer Maß-Abteilung
beweisen wir unsere große Leistungsfähigkeit,
denn jeder Anzug oder Mantel kostet noch
ihrem Maß mit Anprobe
nur Mk. 10,- mehr

Die strengste Kritik lobt...



